

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Dezember 2016

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) und den [Haftungsausschluss](#) finden Sie auf unserer Homepage.

Eine [Anmerkung](#) zu den Bürgerbriefen, die vor Anfang 2017 erschienen sind, ist am Ende des Bürgerbriefes zu finden.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie@online.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion, 2016-11-17

Inhalt dieser Ausgabe

- Antje Vollmer: **Zurück auf Anfang!**
- Sahra Wagenknecht: **Die Menschen wollen kein Weiter-so mehr**
- Stefan Korinth: **Ohne Hilfe der USA hätte es keinen Staatsstreich gegeben**
- Luftpost: **... Ramstein eine zentrale Rolle im US-Drohnenkrieg ..**
- Christian Fischer: **Demokratie braucht Wahrhaftigkeit**
- Alex Rosen: **Frankreich: 21 von 58 Atomreaktoren vom Netz**
- François Asselineau: **Die Zukunft liegt bei den freien Ländern, die kooperieren**
- André Scheer: **Folterer auf Anklagebank**
- Jana Frielinghaus: **Bauernopfer für CETA**
- Ariel Noyola Rodríguez: **Die 'Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit' führt die große Transformation von Eurasien**

Zitat des Monats von [Baruch de Spinoza](#)

**Friede ist nicht die Abwesenheit von Krieg.
Friede ist eine Tugend, eine Geisteshaltung,
eine Neigung zur Güte, Vertrauen, Gerechtigkeit.**

*In diesem Sinne wünscht die Redaktion
ein frohes Weihnachtsfest und ein friedliches neues Jahr (Red.)*

- Antje Vollmer: **Zurück auf Anfang!**

Antje Vollmer legt im Gespräch dar, dass es gerade in Zeiten der Konfrontation Sinn macht, über Möglichkeiten der Entspannung nachzudenken. Neben dem Verweis auf die Entspannungspolitik von Brandt und Bahr denkt Vollmer hierbei vor allem an eine [Rückkehr zur Charta von Paris](#), die die Anwendung solcher Prinzipien wie der gegenseitigen Respektierung der Grenzen, der Interessen der anderen Seite, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und des Gewaltverbotes in den internationalen Beziehungen ebenso beinhalten würde wie von Fall zu Fall das gemeinsame Herangehen an Sicherheitsfragen.

Auch für Irene Eckert geht es darum, [einer neuen Entspannungspolitik zum Durchbruch zu verhelfen](#), die Kriege zu beenden, die 1'000 US-Militärbasen weltweit zum Rückzug zu zwingen, den NATO-Aufmarsch rund um Russland zurückzuziehen, die Militärausgaben der NATO zurückzuschrauben, die Finanzierungsquellen des Terrorismus auszutrocknen, demokratische Wahlergebnisse überall zu akzeptieren und die Einmischung in fremder Völker Angelegenheit zu beenden.

[Antje Vollmer](#), Jg. 1943, studierte ev. Theologie, Politikerin und Publizistin, (Mit)Initiantin verschiedener friedenspolitischer Initiativen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Sahra Wagenknecht: **Die Menschen wollen kein Weiter-so mehr**

Am 23.11.2016 hielt Sarah Wagenknecht anlässlich der Generaldebatte über den Bundeshaushalt 2017 eine Rede ([Video, 0h30](#); [Manuskript](#)), in der sie festhielt, dass in Deutschland soziale Ungleichheit und Verunsicherung wachsen.

In Europa sei die deutsche Regierung so isoliert wie lange nicht mehr. Und als bevorzugten Partner habe sich die Kanzlerin ausgerechnet einen türkischen Diktator ausgesucht, der Journalisten und Oppositionelle ins Gefängnis werfen lasse und die Todesstrafe großartig finde. Trotz allem scheine sich die CDU/CSU auf ein Weiter-so mit dieser Kanzlerin, mit dieser Frau Merkel allen Ernstes zu freuen - im Gegensatz den Menschen in diesem Land.

Sowohl bei der Gestaltung der Rentenversicherung als auch bei der Beteiligung der Unternehmen an der Finanzierung der Rente versage die Bundesregierung. Hier verweist Wagenknecht auf das Modell in Österreich. Wagenknecht beklagt das chronisch unterfinanzierte Bildungssystem und die katastrophale finanzielle Lage vieler Kommunen und sieht auf der anderen Seite steuerpolitische Wohlfühlprogramme für Unternehmen. Der einfache Bürger kämpfe um das Überleben, da ihm die Konzerne die Luft zum Atmen nehmen. In dieser konzerngesteuerten Demokratie fehle es der jetzigen Regierung an dem Mut, sich mit den wirtschaftlich Mächtigen anzulegen.

Wagenknecht fordert nicht wie geplant noch mehr Geld für Rüstung auszugeben, sondern die NATO zu verlassen und die deutschen Soldaten aus dem Ausland zurückzuholen. Waffenlieferungen in islamistische Diktaturen und Spannungsgebiete seien zu verbieten. Es gehe darum, die grundlegenden Bedürfnisse der Menschen zu achten.

[Sahra Wagenknecht](#), Jg.1969, deutsche Volkswirtin, Publizistin und Politikerin (Bundestagsabgeordnete der Fraktion 'Die Linke'). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Stefan Korinth: **Ohne Hilfe der USA hätte es keinen Staatsstreich gegeben**

Im Gespräch legt der frühere ukrainische Premierminister Nikolai Janowitsch Asarow die Gründe für die Ablehnung des EU-Assoziierungsabkommens vor drei Jahren, den westlichen Druck hinter den Kulissen des Maidan und seine Sicht über die Zukunft der Ukraine dar.

Das [EU-Assoziierungsabkommen wurde bereits 2012 paraphiert](#). Seine Unterzeichnung war seitens der EU an die Freilassung von Julia Timoschenko geknüpft. Es gab auch inhaltliche Probleme, insbesondere da die Ukraine auch mit Russland über ein Handelsabkommen verhandelte. Da die Ukraine gegenüber der EU eh schon im Handelsbilanzdefizit war und die EU eine Hilfe zur Modernisierung der ukrainischen Wirtschaft immer wieder ablehnte, da zudem nur die Ausfuhr begrenzter Mengen von Agrarprodukten und auch Stahl in die EU möglich war und eine Erhöhung der Quoten abgelehnt wurde, bat die Ukraine darum, die Unterschriften unter das Abkommen mit der EU zu verschieben. Darauf drohte Barroso, dass dann "ein anderer Präsident und ein anderer Premierminister unterschreiben" werden.

Asarow ist der Meinung, dass die EU nur dazu diene, den Beitritt der Ukraine in die euro-asiatische Zollunion wegen der geopolitischen Ziele der USA zu verhindern. Asarow ging es darum, "die [Ukraine näher an westliche Standards und an das westliche Lebensniveau heranzuführen](#)", ohne die existenziell wichtigen, gut nachbarschaftlichen Beziehungen zu Russland aufzugeben. Für Russland selbst war die Ukraine als Transitland und Absatzmarkt sehr wichtig.

Der Charakter der Maidan-Demonstrationen änderte sich an dem Tag, an dem Janukowitsch die Unterzeichnung des EU-Assoziierungsabkommens ablehnte. Vor dem 21.11.2013 waren es vorwiegend Studenten, danach beendeten die Studenten ihre Proteste und es kamen ältere Zugereiste aus der Westukraine. [Es eskalierte in Gewalt](#) - vor den dafür vorbereiteten Kameras. Die Führer des Maidan waren ständig zu Konsultationen in der US-Botschaft. Die ins Außenministerium geladenen Vertreter der EU-Länder und der USA weigerten sich auf die militanten Demonstranten einzuwirken. Der deutsche Botschafter antwortete auf die Frage, was die deutsche Polizei bei einer vergleichbaren Blockade des Kanzleramtes unternehmen würde: "Das ist in Deutschland unmöglich, weil Deutschland ein demokratisches Land ist." Statt die ukrainische Regierung zu unterstützen, traten offizielle Vertreter westlicher Länder auf dem Maidan gegen die Regierung in Kiew auf und forderten, keine Gewalt gegen die Demonstranten anzuwenden, sonst würde Janukowitsch weltweit zur 'persona non grata' erklärt. So nutze Janukowitsch die ihm zustehenden Vollmachten nicht. Stattdessen führte er drei Monate lang Gespräche und traf mit den Demonstranten Abmachungen, die diese aber nie einhielten.

Für Asarow war der [Maidan keine Revolution sondern ein Staatsstreich](#). Dafür gebe es Beweise. So hat ein Berater des Innenministers Awakow geholfen, dass Scharfschützen aus der Haft entkommen konnten. Es seien in den drei Jahren keine Beweise erbracht worden, dass die Scharfschützen aus den Strukturen Janukowitschs oder der Spezialeinheit Berkut stammten.

Eine Entschärfung der heutigen Situation ist nur durch eine Vereinbarung zwischen den USA und Russland möglich, in der ein Maßnahmenkatalog zur Stabilisierung des Landes verabschiedet wird. Immerhin habe der zukünftige US-Präsident Trump anerkannt, dass es [sich beim Maidan um einen Staatsstreich gehandelt](#) hat.

[Stefan Korinth](#), Jg. 1983, studierte Sozialwissenschaften, bildete sich dann journalistisch weiter. Heute freiberuflicher Journalist zu regionalen, sozialen und politischen Themen sowie aufgrund persönlicher Kontakte zur Ukraine. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• Luftpost: ... **Ramstein eine zentrale Rolle im US-Drohnenkrieg** ..

"Das Auswärtige Amt gibt erstmals zu, dass US-Standorte in [Deutschland am tödlichen Drohnenkrieg der US-Armee beteiligt](#) sind. Drei Jahre lang wurden Abgeordnete des Bundestags hierzu an der Nase herumgeführt und die Öffentlichkeit getäuscht. Die Bundesregierung ist auf diese Weise beteiligt an völkerrechtswidrigen extralegalen Tötungen. Das erfüllt" aus Sicht des Bundestagsabgeordneten Andrej Hunko "den Tatbestand der Billigung einer Straftat und der Strafvereitelung".

[Luftpost](#), die Homepage des Friedensaktivisten Wolfgang Jung, berichtet über friedenspolitisch bedeutsame lokale und regionale Ereignisse und ihren Zusammenhang mit überregionalen und weltweiten Entwicklungen. Dazu werden Informationen aus allgemein zugänglichen, verlinkten Quellen genutzt, übersetzt und meist kommentiert. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• Christian Fischer: **Demokratie braucht Wahrhaftigkeit**

Unter dieser Überschrift werden als Beispiele die US-Präsidentschaftswahlen, die Kriege der letzten Jahrzehnte und das aktuelle Migrationsthema beleuchtet. Es werden nüchterne Fakten zusammengestellt, die ein anderes Bild entstehen lassen, als wir es aus der holzschnittartigen Propaganda gewöhnt sind, die uns täglich als "Information" dargeboten wird. Gut und Böse lassen sich nicht einfach als "Clinton versus Trump" oder als "Freiheit gegen Terrorismus" buchstabieren. Auch bei der Migration kann es nicht nur um "Gesetz gegen illegale Einwanderung" gehen und ebenso wenig nur um "Menschenrecht gegen unmenschliche Gesetze".

Wahrhaftigkeit bedeutet eben nicht nur, dass man spektakuläre oder nie gehörte Fakten ins Rampenlicht stellt, sondern auch, dass man bei bekannten Fakten immer die [Würde des Men-](#)

[schen als Individuum und als Gemeinschaftswesen in seiner Kultur](#) im Auge hat. Nach unserer oft berechtigten Empörung über politische Entscheidungen sind wir – wer sonst?! – deshalb aufgerufen, Lösungen zu finden, vorzuschlagen und durchzusetzen, die sowohl der Menschenwürde als auch der damit untrennbar verbundenen Souveränität unserer Demokratie gerecht werden.

Christian Fischer, Jg. 1951, studierte Architektur und Neuere Geschichte, Dr.-Ing. mit zahlreichen Fachpublikationen in Bauphysik, politisch und journalistisch tätig mit Publikationen in den Zeitschriften 'Die Neue', 'Zeit-Fragen', Buchpublikationen "Demokratisches Manifest 21", "Demokratie buchstabieren", Redaktionsmitglied 'Bürgerbrief für Frieden und Demokratie'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Alex Rosen: **Frankreich: 21 von 58 Atomreaktoren vom Netz**

21 von 58 französischen Kernreaktoren sind zurzeit außer Betrieb, produzieren keinen Strom. Die jetzigen Abschaltungen sind nicht geplant, sondern wurden von der französischen Nuklearsicherheitsbehörde ASN als präventive Maßnahme zum Schutz der Bevölkerung angeordnet. Im französischen Kraftwerksneubau in Flamanville hat man in bereits eingebauten Teilen des Reaktordruckbehälters Anomalien in den verwendeten Stählen gefunden. Kohlenstoffgehalte sind höher als spezifiziert und können zur Versprödung von Bauteilen unter Druck und Temperatur führen. Die notwendige Bruchzähigkeit der Materialien wird nicht erreicht. Leckagen und freiwerdende Radioaktivität im Reaktorbetrieb sind nicht auszuschließen. Im Zuge dieser ersten Untersuchungen und Erkenntnisse in Flamanville ergaben sich weitere [Hinweise auf Unregelmäßigkeiten und Manipulationen bei der Zertifizierung von Stählen für Reaktordruckbehälter](#) und Dampferzeuger, die in den heute laufenden französischen Kernkraftwerken verbaut wurden. Die Folge sind die Stillstände.

[Inhalt](#) ↑

- François Asselineau: **Die Zukunft liegt bei den freien Ländern, die kooperieren**

Asselineau ist Präsident der 'Union populaire républicain'e (UPR, zu deutsch etwa 'Republikanische Volksunion'), die den Austritt aus der EU und der Nato propagiert. Im Gespräch analysiert Asselineau die Gründe, die in Großbritannien zur Entscheidung für den Brexit geführt haben, und die Hintergründe der Krisen, denen die europäische Union demnächst gegenüberstehen wird. [In Freiheit und souverän miteinander zu kooperieren](#), ist für Asselineau die Alternative zum Zwangskorsett von EU und Euro. Der Präsident der UPR weist Wege auf, wie das gehen kann.

Die Entwicklung der UPR ist ein gutes Beispiel, wie eine politische Partei ohne jede Art von Demagogie und Fettnäpfchen-Tappen, in aller Ruhe ihre Inhalte verbreitet und dabei immer mehr Mitglieder (im Moment 13'700) gewinnt.. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- André Scheer: **Folterer auf Anklagebank**

Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH, ICC) will gegen US-Soldaten und CIA-Agenten vorgehen, die [in Afghanistan Gefangene gefoltert und andere Verbrechen begangen](#) haben. So das Büro von Chefanklägerin Fatou Bensouda im Jahresbericht. Die Ermittler sprechen darin von mindestens 88 Fällen, in denen Angehörige des US-Militärs und des Geheimdienstes Gefangene misshandelt haben sollen. Die Vorwürfe reichen bis in das Jahr 2014. Die Mehrzahl der Anklagepunkte beziehen sich aber auf die Jahre 2003 und 2004. Der Strafgerichtshof betont, es habe sich nicht um Einzelfälle gehandelt. Vielmehr scheinen die Übergriffe als Teil genehmigter Verhörtechniken auch von hochrangigen Vertretern der US-Regierung gebilligt worden zu sein. Die Täter blieben bislang straffrei. Im Falle der CIA habe es lediglich zwei Verfahren gegen mutmaßliche Täter gegeben, die beide jedoch "aus Mangel an Beweisen" mit Freisprüchen endeten.

Der Bericht der Chefanklägerin kann auch als Versuch gelesen werden, auf die wachsende Kritik an der bisherigen Praxis des Strafgerichtshofs zu reagieren. Burundi, Südafrika und Gambia haben ihre Mitgliedschaft bereits aufgekündigt und damit auf die Tatsache reagiert, dass sich bislang nur Staatsangehörige afrikanischer Staaten vor dem Strafgerichtshof verantworten mussten. Ein Grund dafür ist, dass Staaten wie die USA, Russland oder China das Statut nicht ratifiziert haben.

Da London das Statut ratifizierte, kann die Chefanklägerin gegen Soldaten aus dem Vereinigten Königreich ermitteln. Diesen werden mehr als 1'000 Fälle von Folter an Gefangenen sowie 319 "ungesetzliche Tötungen" in den Jahren 2003 bis 2008 zur Last gelegt. Die Rede ist von "systematischen und umfangreichen Kriegsverbrechen" durch britisches Personal.

Das US-Außenministerium meinte, dass es [für den ICC "unangebracht" sei, eine derartige Untersuchung auch nur durchzuführen](#) und behauptete, dass die USA "sich verpflichtet haben, das Kriegsrecht einzuhalten". In erster Linie hätten die USA nie zugestimmt, sich der Rechtsprechung des ICC zu unterwerfen. Die USA verbieten eine offizielle Unterstützung von Ermittlungen durch US-Institutionen geben. Es dürfen Angeklagten nach Den Haag ausgeliefert werden. Darüber hinaus gibt es weder finanzielle noch militärische Unterstützung für Länder, die das Gericht anerkennen. In ihrem 'American Servicemembers Protection Act' sehen die USA sogar die Möglichkeit eines militärischen Eingreifens vor, falls US-Bürger vor dem ICC angeklagt werden sollten. - Nach den jüngsten Austritten mehrerer afrikanischer Staaten wendet sich nun auch die Russische Föderation von diesem Strafgericht ab.

Der [Internationale Strafgerichtshof](#) ist nicht zu verwechseln mit dem sogenannten "UN-Kriegsverbrechertribunalen" (wie Internationalen Strafgericht für das ehemalige Jugoslawien, ICTY, bzw. dem Internationalen Strafgericht für Ruanda, ICTR) und dem [Internationalen Gerichtshof](#) (IGH, CIJ). Alle diese Gerichte haben ihren Sitz in Den Haag.

[André Scheer](#), Journalist mit den Schwerpunkten politische und soziale Entwicklung in Lateinamerika sowie zunehmend in Spanien/Katalonien. Zur Zeit Ressortleiter für Außenpolitik bei der Tageszeitung 'junge Welt'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Jana Frielinghaus: **Bauernopfer für CETA**

Die Autoren Sharon Treat und Shefali Sharma machen in ihrer Studie zur [Auswirkung der Freihandelsabkommen CETA und TTIP auf die Landwirtschaft](#) deutlich, dass die Berater der Agrarindustrie in den USA versuchen wird, TTIP doch noch zustande zu bringen: Die EU-Bauern werden früher oder später plattgemacht. Oder sie werden, wie viele ihrer Kollegen in den USA, über Kontrakte zu Sklaven der Fleischindustrie. Landwirte in den USA sind heute in ihrer Mehrheit Franchise-Unternehmer für die großen Schlacht- und Fleischverarbeitungs- oder für Getreidehandelskonzerne. Die Tierhalter unter ihnen tragen das gesamte Risiko schwankender Preise sowie die Kosten der Kredite für den Bau von Stallanlagen – und sind zugleich zur Abnahme bestimmter Futterstoffe und anderer Betriebsmittel von denselben Großunternehmen verpflichtet. Die US-Großunternehmen sind im Vergleich zu den Unternehmen in der EU fast 100 mal größer und produzieren ihr Fleisch industriell. (deutsche [Kurzfassung mit 8 Seiten](#), [Vollversion](#); [Original](#))

Mehr als 450 zivilgesellschaftliche Organisationen und Gruppen aus Kanada und Europa haben die Gesetzgeber aufgefordert, gegen CETA stimmen. In einem offenen Brief an die Mitglieder des Europäischen und des Kanadischen Parlaments [warnen die Unterzeichner vor den negativen Auswirkungen von CETA](#) auf Arbeitnehmerrechte, Umweltschutz sowie Regelungen, die dem öffentlichen Interesse dienen.

[Jana Frielinghaus](#) hat in Berlin (Humboldt-Universität) Landwirtschaft studiert, arbeitet seit 1999 als Redakteurin der Tageszeitung 'junge Welt' in Berlin. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Ariel Noyola Rodríguez: **Die 'Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit' führt die große Transformation von Eurasien**

Zbigniew Brzezinski forderte in seinem Buch "Das große Schachbrett", dass für den Erhalt der globalen Hegemonie der USA um jeden Preis verhindert werden muss, dass [eine konkurrierende Macht in Eurasien](#) entsteht. Mit der 'Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit' (engl. SCO), die ursprünglich als militärische und Sicherheits-Perspektive für China, Russland, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan gedacht war, hat sich solch eine Macht in Eurasien etabliert, die nun auch die wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit betreibt.

In der gegenwärtigen globalen Wirtschaftskrise ist es für Ariel Noyola Rodríguez erforderlich, dass die Schwellenländer der SCO ihre Abhängigkeit von den Industrieländern, die sich jetzt in Stagnation befinden, reduzieren und den Sprung zur Produktion von höherwertigen Produkten

vollziehen. Zudem sollte versucht werden, die Handelshemmnisse zu anderen Wirtschaftsblöcken wie der Eurasischen Wirtschaftsunion (EWU) oder der 'Association of Southeast Asia-Nationen' (ASEAN) abzubauen. Um den Finanzierungsbedarf der eurasischen Region stillen zu können, wird bereits die Umsetzung einer regionalen Entwicklungs-Bank und eines Sonderguthaben-Fonds gefördert.

All diese Initiativen dienen der Kanalisierung der Ersparnisse der Schwellenländer, um das ehrgeizige strategische Wirtschaftsprojekt Chinas, die 'Neue Seidenstraße', zu finanzieren, ein umfangreiches Transportnetz zwischen den Ländern des Ostens, Südens , und Südost-Asien mit dem Nahen Osten und Nordafrika bis nach Europa.

[Ariel Noyola Rodríguez](#), Wirtschaftswissenschaftler, Mitglied des 'Global Research' in Kanada. Arbeitet journalistisch analysierend für 'Contralinea', 'Club de Periodistas de Mexiko' und 'Voltaire.net'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

Anmerkung der Redaktion:

Der Inhalt der Bürgerbriefe aus den Jahren 2014, 2015 und 2016 ist von den Bürgerbriefen übernommen worden, die bis Ende 2016 auf der Homepage www.volksinitiative-esm-austritt.de erschienen sind. Mit dem Übergang auf die neue, eigene Homepage wurde auch auf das seit Februar 2016 verwendete Format mit vorangestelltem Inhaltsverzeichnis umgestellt. Bei der dabei vorgenommenen Überprüfung der Links zu den hier nur zusammengefassten Original-Artikeln wurde festgestellt, dass der eine oder andere Link nicht mehr funktionierte; die nicht mehr zur Verfügung stehenden Links wurden, wenn möglich, durch aktuelle ersetzt oder ersatzlos eliminiert.

[Inhalt](#) ↑